

Calmer Tagblatt

Nr. 238

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Verrechnungswiese: 6mal wöchentlich. Einzelnenpreis: Die Zeile 60 Mt., Familienanzeigen 35 Mt., Reklamen 200 Mt. X Schlüsselzahl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Donnerstag, den 11. Oktober 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3600000 Mt. wöchentlich. Postbezugspreis 3600000 Mt. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 600000 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Wie wir schon gestern vermuteten, haben die Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit den Franzosen, abgesehen von dem Verhalten einzelner Persönlichkeiten, keinerlei das Gesamtinteresse Deutschlands schädigenden Charakter gehabt, sondern sind lediglich zur Information geführt worden.

Die französische Presse vertritt auch heute noch den Standpunkt, daß mit dem Ruhrgebiet getrennt verhandelt werden müsse, und daß erst nach Feststellung völliger Unterwerfung der Ruhrindustrie mit der deutschen Regierung verhandelt werden dürfe. Diese Haltung Frankreichs bezweckt natürlich nichts anderes als politische Abschneidung des Ruhrgebiets von Deutschland und weiterhin Verschleppung der Reparationsverhandlungen, weil die Ruhrindustrie und die deutsche Regierung solche offensiv-tündigen Demütigungsabsichten nicht hinnehmen kann.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Lloyd George für Teilnahme Amerikas bei der „Regelung“ in Europa.

London, 11. Okt. Nach einer Neutermeldung aus Ottawa erklärte Lloyd George auf einem ihm zu Ehren von der Regierung gegebenen Essen, Kanada habe das Recht und die Pflicht, seine Stimme bei der Regelung in Europa geltend zu machen. Der Präsident der Vereinigten Staaten wiederhole jetzt sozusagen das im letzten Winter von dem Staatssekretär Hughes gemachte Angebot betr. die Ernennung einer internationalen Kommission von wirtschaftlichen Sachverständigen zur Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit. Dieser Vorschlag sei von bedeutender Wichtigkeit und müsse angenommen werden. Kanada müsse seine Stimme bei der Begünstigung eines solchen Planes laut werden lassen. Es sei von Wert, die Ver. Staaten mit einer Regelung dieser Art in Verbindung zu bringen. Seiner Ansicht nach würde es für die alliierten Regierungen möglich sein, im Zusammenwirken mit den Ver. Staaten diese äußerst kluge Politik anzunehmen.

Die Verhandlungen der Ruhrindustrie mit den Franzosen.

Berlin, 11. Okt. Die „Vossische Zeitung“ gibt eine Meldung der „Düsseldorfer Zeitung“ über den Gang der Düsseldorfer Besprechung zwischen den rheinisch-westfälischen Industriellen und General Degoutte wieder. Danach sei an die Vertreter der Ruhrindustrie, die zu einer gemeinsamen Beratung zusammen gewesen seien, eine Anregung des Inhalts ergangen, daß General Degoutte sie zu sprechen wünsche. Selbstverständlich hätten die Industrievertreter mit General Degoutte keine festen Abmachungen treffen können. Die Bewaltung des Rhönix beziehungsweise die Gruppe Otto Wolff, die zu tatsächlichen Abmachungen gelangt seien, hätten nicht im Einverständnis mit der übrigen Industrie gehandelt.

Zur Haltung der Ruhrindustriellen.

Berlin, 10. Okt. Zu den Verhandlungen der Vertreter der Ruhrindustrie mit der Reichsregierung verlautet von unterrichteter Seite, daß am Sonntag mündliche Besprechungen der Herren mit dem Reichskanzler stattgefunden haben, wobei der Reichskanzler die Herren um schriftliche Niederlegung der von ihnen vertretenen Gesichtspunkte ersucht hat. Dieses Schriftstück liegt nunmehr den Ressorts zur Prüfung vor und soll den Gegenstand einer Besprechung im Kabinett bilden. Forderungen an die Regierung wurden nicht gestellt. Die von den Industrievertretern am Mittwochabend vor ihrer Abreise nachgesuchte Besprechung mit dem Reichskanzler konnte deshalb nicht zustandekommen, weil es der Stand der Krise in diesen Stunden dem Reichskanzler unmöglich machte, eine derartige Besprechung abzuhalten. Es wird festgestellt, daß sich die Vertreter der Ruhrindustrie der Reichsregierung gegenüber durchaus loyal verhielten und daß die in dieser Hinsicht gegen sie erhobenen schweren Vorwürfe nicht zutreffend sind. Die weitere Behandlung der Frage betr. die Wiederaufnahme der Sachlieferungen hängt von dem Ergebnis der bei der französischen und belgischen Regierung unternommenen Schritte ab. Erst wenn eine offizielle Mitteilung darüber vorliegt, wird es sich zeigen, ob mit einer Wiederherstellung desjenigen Zustands gerechnet

werden kann, der eine Wiederaufnahme der Sachlieferungen überhaupt ermöglicht. Gegenüber abweichenden Meldungen über eine Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Brüssel mit dem belgischen Minister des Aeußern, Jaspar, ist festzustellen, daß der Geschäftsträger den Auftrag hatte, zum Ausdruck zu bringen, daß die deutsche Regierung es begrüßen würde, wenn eine Vereinbarung zustande käme, die Deutschland in die Lage versetze, die Sachlieferungen wieder anzunehmen. Eine andere Erklärung zur Frage der Sachlieferungen hat der Geschäftsträger nicht abgegeben. Angesichts der Gesamtlage ist es begreiflich, daß die Vertreter der Ruhrindustrie inzwischen die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Arbeit festzustellen suchen.

Die französische Gewaltpolitik.

Die französische Abtrennungspolitik.

Beharrung auf Ausschaltung der Reichsregierung von den Ruhrverhandlungen.

Paris, 10. Okt. Zu der Demarche, die heute vormittag der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hösch, am Quai d'Orsay unternommen hat, schreibt der „Temps“: Der Ministerpräsident hat geantwortet, daß die Einstellung des passiven Widerstands einfach zu lokalen Abkommen zwischen den alliierten Behörden und den Bewohnern der besetzten Gebiete führen müsse. Es sei nicht angebracht, diese Abkommen mit Verhandlungen mit der Regierung zu vermengen. An Ort und Stelle werde man die Einstellung des Widerstands feststellen. Diese Antwort behindere keineswegs die Verhandlungen, die später zwischen sämtlichen Alliierten und Deutschland eröffnet werden könnten, wenn der Widerstand aufgehoben und die deutsche Regierung einen Zahlungsvorschlag gemacht habe. Die „Liberté“ bespricht den Abschluß eines Abkommens mit der Wolffgruppe und sagt: Wir dürfen uns nicht von der Methode abbringen lassen, die wir angenommen haben. Eine provisorische Lösung würde das Ergebnis der Besetzung in Frage stellen. Das ist übrigens auch die einzige Haltung, die die übrigen Gläubiger Deutschlands davon abhalten kann zu behaupten, wir wollten sie schädigen. Schon klagt uns ein Teil der englischen Presse an, daß wir das Ruhrgebiet in eine französische Interessensphäre durch das Abkommen mit den rheinisch-westfälischen Industriellen umwandeln wollten. Nachdem man uns dort Katastrophen vorausgesagt hat, wirft man uns jetzt vor, wir triumphierten jetzt schon zu sehr. Aber wenn die Angelegenheit, wie Frankreich und Belgien dies wollen, der Reparationskommission überwiesen wird, haben wir für alle Welt gesiegt. Aber die Befürchtungen, die man hinsichtlich unserer Aktion im Ruhrgebiet ausspricht, sind uns, so wenig sie gerechtfertigt erscheinen, angenehm. Es ist besser, beneidet als bemitleidet zu werden.

Belgien wie immer französischer Ansicht.

Paris, 10. Okt. Der Brüsseler Berichterstatter des „Journal des Débats“ meldet, in offiziellen politischen Kreisen hoffe man, daß die Verhandlungen zwischen Paris und Brüssel über die auf die gestrige Demarche des deutschen Geschäftsträgers zu erteilende Antwort heute nachmittag beendet sein würden, sodas die Minister Theunis und Jaspar ihre Haltung durch den Ministerrat billigen lassen könnten, der heute nachmittag unter dem Vorsitz des Königs zusammentrete. Der Berichterstatter zweifelt nicht daran, daß die deutschen Forderungen abgelehnt werden. Berlin müsse anerkennen, daß sich jetzt auch Eisenbahner in Massen bei der französisch-belgischen Regie melden, um wieder eingestellt zu werden. Aus diesem Grunde werde man mit der deutschen Regierung keine Verhandlung anknüpfen. Sie werde an die Reparationskommission verwiesen werden.

Der systematische Gelbrand.

Berlin, 10. Okt. Am 28. September besetzten belgische Truppen die Reichsbankstelle in Mörz, bemächtigten sich der auf den Kassentischen liegenden Beträge in Höhe von rund einer halben Billion Mark und verlangten die Herausgabe der Tresorbestände, die sich auf etwa 15 Billionen belaufen. Da die Öffnung des Tresors verweigert wurde, wurden der schlüsselführende Beamte, ein Geldzähler und zwei Angestellte verhaftet. Das im Kassenraum anwesende Publikum wurde mit Gewalt gezwungen, die bei sich führenden Geldbeträge auszuhandigen. Erst nachdem am 1. Oktober an die belgische Besatzungsbehörde die Summe von einer Billion Mark bezahlt worden war, bequerten sich die Belgier dazu, das Gebäude

zu räumen und die Gefangenen, die während der Zeit ihrer Gefangenschaft weder essen noch schlafen konnten, wieder freizugeben. — Am 4. Oktober sind von dem Kommissar der belgischen Besatzungsbehörde auf der Reichsbankstelle in Krefeld 599 910 845 000 Mark fortgenommen worden. Aus der Reichsbankstelle in Düsseldorf wurden auf Befehl des französischen kommandierenden Generals weitere 3800 Milliarden weggenommen.

Düren, 10. Okt. Hier wurden 500 Milliarden Mark auf dem Transport von der Reichsbank nach der Deutschen Bank von der Besatzungsbehörde fortgenommen.

Der päpstliche Delegat im Ruhrgebiet.

Paris, 9. Okt. Der päpstliche Delegat im Ruhrgebiet, Mgr. Testa, hat, wie Havas berichtet, heute nachmittag dem General Degoutte einen Besuch abgestattet und sich lange mit ihm unterhalten. Mgr. Testa übermittelte dem General insbesondere das Verlangen des Papstes, eine gewisse Anzahl Deutscher, die wegen politischer Vergehen von den französischen Kriegsgerichten verurteilt wurden, zu begnadigen. General Degoutte hat dem Delegaten versprochen, diesen Wunsch mit größtem Wohlwollen und mit dem lebhaftesten Wunsch, seiner Forderung Folge leisten zu können, zu prüfen.

Zur auswärtigen Lage.

Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Konsularvertrag.

Berlin, 10. Okt. Zu der „Times“-Meldung, wonach Verhandlungen über einen Konsularvertrag zwischen Deutschland und den Ver. Staaten stattgefunden hätten, wird den Blättern mitgeteilt, die Meldung sei insofern nicht ganz einer Grundlage, als es richtig sei, daß die amerikanische Regierung den vorläufigen Entwurf eines Handelskonsularvertrags der Berliner Regierung überreicht habe. Dieser Entwurf wurde einer Prüfung unterzogen. Verhandlungen hätten aber noch nicht stattgefunden.

Die Rede Lord Curzons offiziell vom englischen Kabinett gebilligt.

London, 10. Okt. Das Foreign Office veröffentlicht folgende Mitteilung: Mit Bezug auf die Meldungen in der Presse, die versucht haben, den Eindruck hervorzurufen, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Wortführern der Regierung in der Frage der auswärtigen Angelegenheiten bestehe, sind wir ermächtigt, mitzuteilen, daß die Rede Lord Curzons vor den Mitgliedern der Reichskonferenz am letzten Freitag dem Premierminister unterbreitet und von ihm gebilligt wurde, bevor sie gehalten wurde.

Die englische Arbeiterpartei fordert von der Regierung Aktivität.

London, 9. Okt. Arbeiterführer Henderson forderte gestern abend in einer Rede in Nelson (Lancashire) die Regierung auf, unverzüglich eine nicht mißzuverstehende Erklärung über ihre Haltung angesichts der neuen Lage im Ruhrgebiet abzugeben. Der gegenwärtige Augenblick sei für Zweideutigkeiten nicht geeignet. Die Zeit zum Handeln sei gekommen. Die Regierung müsse auch für Deutschland auf dem Recht zur Teilnahme an den Verhandlungen bestehen und sich gegen jede Annexion deutschen Gebiets erklären. — In einer Rede in Chelmsford sagte der vormalige Arbeitsminister, es sei nicht erstaunlich, daß das britische Volk über das ziellose Dahinschreiten, das anstelle einer bestimmten Politik getreten sei, immer besorgter werde.

Der Schwindel der englischen Reichskonferenz.

Paris, 10. Okt. Havas berichtet aus London, man habe noch keine Bestätigung der Nachricht erhalten, daß Lord Curzon am Donnerstag eine neue Erklärung über die Außenpolitik der Regierung vor der Reichskonferenz abgeben werde. Nach Mitteilung von ermächtigter Seite sei es jedoch möglich, daß der Staatssekretär wieder das Wort ergreifen werde am dem Tage, an dem die Reichskonferenz die Frage der Außenpolitik erörtern werde.

London, 10. Okt. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, mehrere Premierminister der Dominions hätten konkrete Vorschläge über die eine oder andere Seite des Reparationsproblems ausgearbeitet und von seiner Seite sei der Konferenz ein umfassender Plan vorgelegt worden, welcher gegebenenfalls als Grundlage der Erörterungen dienen könne. Dieser Plan werde jetzt von der britischen Regierung und ihren Sachverständigen eingehend geprüft.

923.

erem

ten.

vom

lung von

0000.—

den bestellen

fort an die

leisten.

ist am Freitag,

der bei Herrn

aus gegen Vor-

Reizahlungs-

abholen. Wer

nicht bezahlt

Freitag nicht

inen Anspruch

offenschaft

ergewerbe

lv.

zwirts-

Calw.

stags, den 11.

tags 4 Uhr.

mlung

„Einde“.

Vorstand.

lungen

toffeln

szahlungen

nicht werden.

Röhm.

ib-

schine

(Vollmaschine)

erhalten

preiswert

Kirchherr.

anzeigen

Karten

rasch in der

ägersehen

erel Calw.

Presse.

Bediennung.

fängen

nter gestellt,

lagerung,

wirte und

betreibende

laufend lie-

bar.

Huber,

menbau,

ichenbach

Febrspr. 17.

kleinen

en sucht zu

geg. Frucht

ausgeben.

die Geschäfts-

Entdeckung eines faschistischen Komplotts in Ungarn.

Budapest, 10. Okt. Die Polizei, die gestern Abend Hausdurchsuchungen bei einigen Faschisten vornahm, entdeckte ein Komplott zur Ermordung mehrerer Minister, Finanzleute und anderer in der Öffentlichkeit stehender Persönlichkeiten. Die Tat sollte heute ausgeführt werden. Die Polizei beschlagnahmte Waffen und Munition und nahm mehrere Verhaftungen vor. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Studenten, die ein volles Geständnis ablegten.

Zur Diktatur in Spanien.

Madrid, 8. Okt. Die Blätter veröffentlichen eine programmatische Erklärung des Militärdirektoriums, in der es heißt: Das Direktorium treibt keine Parteipolitik. Es handelt lediglich im öffentlichen Interesse und vermeidet eine radikale Maßnahme wie die Auflösung des Parlamentarismus des Senats (Anmerkung der Red.: Erbliche Senatoren, auf Lebenszeit ernannt, und solche, die auf Grund ihres Amtes Sitz und Stimme haben), die eine Verfassungsänderung bedingt. Es beabsichtigt nicht, selbst die Verfolgung politischer Persönlichkeiten zu unternehmen, sondern nur das Anlagematerial zu sammeln und dem Gericht zur Weiterverfolgung zu übergeben. Das Direktorium spricht seine Befriedigung aus über die Haltung der Arbeiterbevölkerung, die die Produktion gesteigert hat, und schließt mit der Versicherung, daß es die öffentliche Ordnung gewährleisten und die Gesetze strikte anwenden wird. — Die Mehrzahl der Blätter verlangt nach wie vor die Abschaffung des Parlamentarismus des Senats.

Die Tanagerfrage.

London, 11. Okt. Neuter erfährt, daß die britischen, die französischen und die spanischen Sachverständigen, die die Tanagerfrage erörtern, sich jetzt über eine Formel geeinigt haben, die, ohne die beteiligten Regierungen zu binden, als Grundlage für eine Erörterung auf einer künftigen Konferenz von Bevollmächtigten dienen wird.

Der neue Präsident von China.

Peking, 10. Okt. Heute vormittag wurde dem neuen Präsidenten Tsakun gehuldigt. Später wohnte er der Verkündung der Verfassung im Parlament bei und legte den Eid ab. Die Verfassung wurde gestern nach 12tägiger Beratung durch das Parlament genehmigt.

Deutschland.

Aufhebung der Vorzensur bezüglich Unruhenachrichten.

Berlin, 9. Okt. Der Reichswehrminister hat an die Wehrkreisbefehlshaber folgenden Befehl erlassen: Die Verordnung vom 1. Oktober über die Verbreitung von Nachrichten ist aufgehoben. Gegen Zeitungen, Nachrichtenbüros usw., die durch Verbreitung ungeprüfter Gerüchte die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, ist auf Grund des Paragr. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September einzuschreiten.

Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 11. Okt. Den Blättern zufolge beschäftigt sich das Reichskabinet gestern Abend in mehrstündiger Sitzung mit den zehn Forderungen der Ruhrindustriellen und beriet ferner über die finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, sobald die Reichsregierung das Ermächtigungsgesetz erhalten hat. Voraussetzungen werden sofort drei Verordnungen erlassen werden, von denen eine zum Zwecke der Brotverbilligung bestimmt wird, daß die Brotabgabe, die ursprünglich zweimal erhoben werden sollte, noch mehrere Male erhöht werden soll. Eine weitere Verordnung wird sich mit den Preiskonventionen der Kartelle und Syndikate beschäftigen und die dritte wird den ursprünglich als Gesetz gedachten Plan der Bodenwährungsbank (Neumark)

auf dem Wege der Verordnung durchführen. Andere Verordnungen sollen die Einstellung des Druckes von Reichsbanknoten, die Einschränkung der Reichsausgaben und die Einschränkung der Einfuhr behandeln.

Günstige Ausichten nach amerikanischem Kredit??

Berlin, 11. Okt. Wie die Blätter erfahren, scheinen die Ausichten auf einen amerikanischen Kredit an Deutschland sich jetzt günstiger gestaltet zu haben. Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, sollen die Bedingungen, unter denen der ein n erheblichen Betrag erreichende Kredit gewährt werden soll, durchaus günstig sein. Die amerikanischen Geldgeber seien ein ad hoc gebildetes Bankenkonsortium. Die amerikanische Finanzhilfe solle nicht als Reparationsanleihe gegeben werden, sondern der Beteiligung an der künftigen Währungsbank dienen, wobei es sich nicht um die die Neumark emittierende Bank, sondern um die Goldwährungsbank handeln solle, als welche die Reichsbank in Aussicht genommen sei. Durchaus denkbar und wahrscheinlich sei, daß die Reichsbank bereits in absehbarer Zeit einen Teil der amerikanischen Kredite erhalte.

Politisches aus Bayern.

München, 9. Okt. Die Nachricht von der Ausweisung von Ostjuden durch das Generalkonsulamt ist, der „Bayerischen Staatszeitung“ zufolge, unrichtig. Es wurde lediglich für eine Reihe von Juden aus Sowjetrußland, die teilweise schon seit längerer Zeit in Bayern Aufenthalt genommen haben, die abermalige Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert.

Nürnberg, 9. Okt. Wie dem „Fränkischen Kurier“ von der „Reichsflagge“ mitgeteilt wird, bedeutet die Billigung der Politik Kahrs durch die Landestagung des Bundes nicht, daß dieser sich bedingungslos auf Geheiß und Verderb Kahrs unterstellen will. Die „Reichsflagge“ sei eine großdeutsche Bewegung, deren Ziel die Lösung der deutschen Frage sei. Solange Kahrs den von ihm verfolgten Weg gehe, werde ihm die Macht der „Reichsflagge“ restlos zur Verfügung stehen. Im übrigen habe Hitler, der den Entschluß des Führers der „Reichsflagge“, sich hinter Kahrs zu stellen, mißbillige, die ihm vor kurzem übertragene Führung des „Deutschen Kampfbundes“ niedergelegt.

München, 9. Okt. Die Wochenschrift „Heimatland“, das Organ des Bayerischen Kampfbundes, das als Ersatzblatt für den verbotenen „Völkischen Beobachter“ im Straßenverkauf angeboten wird, ist bis 14. Oktober verboten worden.

München, 9. Okt. Die Polizei beschlagnahmte in einem Haus in der Sahnstraße mehrere Zentner kommunistisches Agitationsmaterial, das von der Berliner Zentrale der K. P. U. nach München geschickt worden war.

München, 10. Okt. Der Deutsche christliche Gewerkschaftsbund in München hat an den Generalkonsul Dr. v. Kahrs ein Schreiben gerichtet, in dem die Aufhebung des Streikverbots gefordert wird.

München, 10. Okt. Wie amtlich verlautet, haben die wirtschaftlichen Besprechungen beim Generalkonsul ergeben, daß die Säumnisse der Banken mit der Gutschrift der bei ihnen eingezahlten Beträge und die Höhe der Bankzinsen eine wesentliche Mitschuld an den sich überstürzenden Preisforderungen tragen. Wenn die Banken nicht aus freien Stücken Zugeständnisse machen, ist ein Eingreifen des Generalkonsuls abzusehen.

München, 10. Okt. Der Generalkonsul hat das Erscheinen der „Volkswacht“ für Ober- und Niederbayern bis einschließlich 23. Oktober verboten.

München, 10. Okt. Nach einer Mitteilung des Deutschen Kampfbundes ist Hitler nach wie vor der Führer des Deutschen Kampfbundes. Er habe sich jedoch nicht mehr bereit erklärt, die Führung auch für den Verband „Reichsflagge“ beizubehalten.

Echhardt in Bayern.

Berlin, 11. Okt. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Bayern gemeldet wird, berichtet das „Bamberger Tageblatt“ in seiner gestrigen Nummer im Anschluß an die

Besprechungen eines in Bamberg abzuhaltenden Deutschen Tages, daß Kapitän Ehrhardt sich in Bayern befindet.

Rücktritt des sächsischen Geschäftsträgers in München.

München, 10. Okt. Der sächsische Geschäftsträger in München, v. Dziembrowski, hat laut „Münchener Neuesten Nachrichten“ wegen des Eintritts der Kommunisten in die sächsische Regierung vom sächsischen Ministerpräsidenten seine Entlassung gefordert.

Auch ein Zivilkommissar für Sachsen.

Berlin, 11. Okt. Blättermeldungen aus Dresden zufolge ist der Amtshauptmann von Meißen, Schmidt, zum Zivilkommissar für den Freistaat Sachsen ernannt worden. Die Blätter betrachten diese Ernennung als die Voraussetzung für die Beilegung des Konflikts zwischen Dr. Zeigner und dem Reichswehrminister Dr. Geßler.

Vom Staatsgerichtshof.

Leipzig, 11. Okt. Wegen Begünstigung der Kathenaumörder Fischer und Kern verurteilte der Staatsgerichtshof den Studenten Joh. Peters aus Neukloster und den fkm. Angestellten Gottfr. Wiebe aus Wendisch-Behningen zu je 8 Monaten Gefängnis und den Postsekretär a. D. Paul Buech aus Lenzen zu einem Jahr Gefängnis.

Verbot des kommunistischen Hauptorgans.

Berlin, 10. Okt. Der Reichswehrminister hat bis auf weiteres die Herstellung und den Vertrieb der „Roten Fahne“ verboten, da sie zur Vorbereitung des politischen Generalstreiks aufruft und die Reichswehrsoldaten zur politischen Betätigung und zum Ungehorsam auffordert. Das Verbot gilt auch für jede andere Zeitung, die als Ersatz für die „Rote Fahne“ neu herausgegeben oder den Abonnenten zugestellt wird.

Verhaftung von Kommunisten in Breslau.

Breslau, 10. Okt. Heute wurde hier eine größere Anzahl Kommunisten verhaftet, darunter Mitglieder der Bezirksleitung Schlesien, sowie das Büropersonal und die Angestellten der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Die Festnahme steht mit einer kommunistischen Propaganda zur Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland im Zusammenhange.

Reichstag.

Das Ermächtigungsgesetz. — Die Verhandlungen der Industrie im Ruhrgebiet.

Berlin, 9. Okt. Auf der Tagesordnung der heute nachmittag 2 Uhr begonnenen Sitzung des Reichstages stand die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes in Verbindung mit einem Antrag Fischer (Dem.), der Gesetz verlangt zum Abbau der Beamtenenschaft, zur Reorganisation der Justiz- und Reichsverwaltung, zur Vereinfachung der Reichsministerialverwaltung und des Geschäftsganges des Reichstages. Wie vorauszusehen war, traten bei der Beratung des Ermächtigungsgesetzes die Gegensätze scharf in Erscheinung, so daß die Sitzung, die wieder bis gegen Mitternacht dauerte, häufig einen bewegten Verlauf nahm. Die Opposition gegen das Gesetz setzte sich zusammen aus der Rechten, der äußersten Linken, den bayerischen Parteien (Bauernbund und Volkspartei), sowie der kleinen Fraktion der Deutsch-Hannoverschen Partei. Aber auch innerhalb der Regierungsparteien, die dem Gesetz grundsätzlich zustimmten, war man in gewisser Beziehung nicht ohne Bedenken. Einen tiefen Eindruck und große Unruhe auf der Linken rief die Erklärung des bayerischen Gesandten von Preger, die er namens seiner Regierung abgab und die eine Wiederholung seiner Erklärung im Reichsrat darstellte, hervor, daß die bayerische Regierung dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen könne, da sie Bedenken trage in die Hand der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so weitgehende Vollmachten zu legen, wie sie in diesem Entwurf enthalten sind, zumal sie sich nicht einmal auf diejenigen Gebiete erstrecken sollten, auf denen sie am notwendigsten seien. Einen

38)

Steffani Drehja.

Roman von Alexandra v. Bosse.

Er sah alles für sich verloren, aber doch folgte er ihr, selbst kaum wissend warum, und doch machte er keinen Versuch mehr, sie zurückzuhalten. Sie hörte seinen Schritt hinter sich und als sie die Treppe erreicht, die in breiten Stufen zu dem Portikus hinaufführte, wandte sie sich noch einmal ihm zu. Ihr Gesicht, vom Monde hell beschienen, war ernst und traurig, aber nicht mehr von Zorn und Empörung wie versteinert.

„Bitte, geh!“ sagte sie leise, und noch leiser fügte sie hinzu: „Ich werde zu vergessen suchen, was du gewagt hast mir zu sagen.“

Treiben machte eine Bewegung, als wollte er sich ihr zu Füßen werfen: „Steffani!“

Abwehrend hob sie die Hand, an der der indische Rubin aufblühte; ohne ein Wort zu sagen, lehrte sie sich um und ging langsam, als fielen ihr jeder Schritt schwer, die Treppe empor. Treiben schaute ihr nach. Er sah, wie oben die Tür sich öffnete; rötlicher Lichtschein drang heraus. Steffanis Gestalt verschwand. Die Türe hinter ihr schloß sich mit dumpfem Laut.

Unbeweglich stand er noch einige Zeit, unfähig einen Gedanken zu fassen. Langsam wurde es dunkel um ihn, denn der Mond versank hinter den Hügeln, jenseits des Tales. Das Haus vor ihm stand dunkel, abweisend... Seine Tore waren für ihn für immer verschlossen.

*

Irgendwie war Ebbos heimliche Verlobung mit Daria Blendheit in Dresden bekannt geworden, und kaum ersaß

Steffani davon, als sie eilte, sofort mit ihrem Vater darüber zu sprechen. Sie hielt es für besser, er hörte zuerst von ihr davon, sonst konnte er von anderer Seite in böswilliger Weise gegen die arme kleine Daria beeinflusst werden.

Sie fuhr sofort nach Wagnitz und fand die Familie über alles unterrichtet. Tante Hermine hatte geschrieben, und Steffani konnte sich denken, daß sie es nicht in für Ebbos günstiger Weise getan. Frau v. Wagnitz war entsetzt: Ein Mädchen, das ein angenommenes Kind war und obendrein von dunkler Abstammung — unmöglich! Der Vater ließ sich zwar zu einer Unterredung mit Steffani herbei, aber nur, um ihr kurz und bündig zu sagen, daß er zu so einer Heirat Ebbos nie und nimmer seine Einwilligung geben würde. Wenn sein Sohn trotzdem diese „obskure Person“ zu seiner Frau machen wolle, könne er ihn allerdings nicht hindern, da Ebbos mündig sei, aber solange er lebe, würde diese Schwiegertochter Wagnitz nicht betreten.

Es nützte nicht, daß Steffani berichtete, wie gut das Mädchen erzogen sei, und daß es sicher einmal das große Vermögen der Blendheits erben würde. Wagnitz blieb hart. Er zeigte sich entschieden abgeneigt, eine „Abenteurerin“ in seiner Familie aufzunehmen, und wurde zornig, als Steffani weiter versuchte, ihn umzustimmen. Mit Ebbos wollte er überhaupt nicht über die ganz und gar unmögliche Verbindung reden, es würde ihn zu sehr aufregen, und der Arzt habe ihm jede Art von seelischer Beunruhigung verboten. Er habe Ebbos seine Meinung und seinen unabhängigen Beschluß schriftlich mitgeteilt. — Steffani mußte ergebnislos und bekümmert nach Dohndorf zurückkehren.

Nachdem sie dem Bruder von dem unbefriedigenden

Ausgang ihrer Unterredung mit den Eltern berichtet, schrieb er ihr folgenden Brief:

„Vater hat mir entschieden absagend geschrieben; nun kann der Tanz losgehen. Kann mir gar nicht denken, wie meine Verlobung vorzeitig bekannt werden konnte, fürchte aber, daß Blendheits nicht geschwiegen haben. Ihnen mußte ich jetzt sagen, daß Vater Schwierigkeiten macht, und danach will auch Herr Blendheit seine Einwilligung zurückziehen, vorausgesetzt, daß mein Vater auf seinem Standpunkt verharret. Blendheit wird nicht zugeben, daß Daria in eine Familie heiratet, in der sie unwillkommen ist. Auch Daria will mich nicht gegen den Willen meiner Eltern heiraten; sie behauptet, das würde mein Unglück sein. Selbstverständlich ist sie beeinflusst. Ich bin verzweifelt. Gleich habe ich Vater geschrieben und ihn gebeten, wenigstens der Form nach seine Einwilligung zu geben und nicht mein ganzes Lebensglück zu zerstören. Bleibt er hart, dann ist alles aus, dann hat das Leben keinen Wert mehr für mich; ich weiß nicht, was aus mir werden soll. Auf Daria verzichten kann ich nicht, das wäre für mich schlimmer als der Tod.“ Zulezt hat er Steffani, noch einmal mit den Eltern zu reden:

„Tue es mir zuliebe! Du bist jetzt meine einzige und letzte Hoffnung! Wenn ich selbst nach Wagnitz ginge, um mit dem Vater zu reden, könnte es geschehen, daß er irgend etwas Beleidigendes gegen Daria sagt, und dann würde ich sicher heftig werden und alles verderben. Tue, was Du kannst, liebe Steffani! Ich weiß nicht, was ich tun werde, wenn der letzte Funke Hoffnung erlischt! ...“

Steffani war ratlos; sie wußte nicht, was sie tun sollte, denn es schien ihr unnütz, es noch einmal mit dem Vater zu versuchen. Sie war froh, daß Nenni am Nachmittag zu ihr kam, mit der sie sich beraten konnte. Nenni hatte die Neu-

breiten Ra
demokratis
gen deutsch
Franzosen
der Verwir
Volkes sta
man empö
industriell
S o l m a
Regierung
B ö g l e r
eins und
lungen m
sicht, vorh
nicht zur
der m
habe em
lungen ha
Die in d
an die Ne
hätten bi
macht wo
Reichs in
Meinung
Arbeitsan
gen herb
abgewart
dieser Er
Ermächti
deutschna
men. Zu
nisten ein
wegen H
langt. U
Erwerbsl
Erntende
legende
Schließlic
Anträge
der Erwo
Der Rest
lung des
Deutschwa
Mitwoch

Berlin
häftnism
zu beschä
zur Bera
Bilftonen
flüchtig g
notwend
bestimmt
gehälter
betriebe
Zahlunge
gesellscha
schuß ein
denen
während
munisten
wurde de
Gesegent
geht an
ein von
Zahlunge
unter Au
digen Z
sollen. I
Vermöge
Besung

gier nach
Steffani
die Schn
fani, daß
Steffani
meinte d
fen und
gewisser
würde.

„Er
würde.“

„Dan
„Wie
fragt die
der Ver
Gründe

„Na,
der illeg
schwäger
Stumpfn

Nun
Schwefte

ein gute
nicht seh
als ältes
zu Ende
sich doch

„Nicht
hen lieb
wird ihr
wenn w
kommen

„Geg

den Deutschen
befinde.
trügers

er in München,
in Nachrichten
ächstliche Regie-
Entlassung ge-

athenaumörder
of den Studen-
stellten Gottfr.
Gefängnis und
zu einem Jahr

organs.
s auf weiteres
ne" verboten,
streiks aufruft
eitigung und
für jede an-
" neu heraus-

Breslau.
größere Anzahl
Bezirksleitung
angestellten der
leht mit einer
Arbeiter- und
ange.

handlungen

ute nachmittag
o die erste Be-
mit einem An-
Abbau der Be-
Reichsverwal-
fassung und des
en war, traten
Bogensätze scharf
gegen Mitter-
om. Die Oppo-
ernbund und
tsch-Sannovers-
sparteien, die
in gewisser Be-
rud und große
payerischen Ge-
ang abgab und
schrat darstellte,
ächtigungsgesetz
die Hand der
menfegung so
lesem Entwurf
entigen Gebiete
feien. Einen

ern berichtet,

schrieben; nun
t denken, wie
onnte, fürchte
aben. Ihnen
n macht, und
ligung zurück-
einem Stand-
n, daß Maria
kommen ist.
meiner Eltern
nglück sein.
n verzweifelt,
ebeten, wenig-
u geben und
n. Bleibt er
n keinen Wert
e werden soll.
äre für mich
Steffani, noch

e einzige und
nig ginge, um
daß er irgend
dann würde
Tue, was Du
sch tun werde,

ie tun sollte,
dem Vater zu
mittag zu ihr
hatte die Neu-

breiten Raum in den Verhandlungen nahm auch die von sozial-
demokratischer Seite aufgeworfene Frage über die Verhandlungen
deutscher Großunternehmer in den besetzten Gebieten mit den
Franzosen ein. In seltener Einmütigkeit war sich das Haus in
der Beurteilung eines solchen die Lebensinteressen des Deutschen
Volkes stark berührenden Vorgehens einig. Auf der Linken war
man empört und verlangte die gerichtliche Verfolgung der Groß-
industriellen wegen Landesverrats. Der Minister des Innern,
Sollmann, gab bezüglich dieser Angelegenheit namens der
Regierung eine Erklärung ab, daß die Herren Stinnes,
Böglert und Glöckner im Auftrag des Bergbauischen Ver-
eins und in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen Verhand-
lungen mit General Degoutte aufgenommen haben. Ihre Ab-
sicht, vorher mit dem Reichszankler Rücksprache zu nehmen, sei
nicht zur Ausführung gekommen, weil der Reichszankler sie wegen
der mit der Regierungskrise verbundenen Besprechungen nicht
haben empfangen können. Nach ihrer Rückkehr von den Verhand-
lungen hätten sie dem Reichszankler über das Ergebnis berichtet.
Die in der Presse veröffentlichten 10 Fragen der Industriellen
an die Reichsregierung, die am Sonntag überreicht worden seien,
hätten bisher noch nicht zur Grundlage von Entscheidungen ge-
macht werden können, weil die diplomatischen Vertreter des
Reichs in Paris und Brüssel Anweisung erhalten hätten, eine
Meinungsäußerung der dortigen Regierungen über die mit der
Arbeitsaufnahme an Rhein und Ruhr zusammenhängenden Fra-
gen herbeizuführen und die Berichterstattung hierüber zunächst
abgewartet werden müsse. Der Minister bat das Haus, sich mit
dieser Erklärung vorläufig zu begnügen. Schließlich wurde das
Ermächtigungsgesetz in erster Beratung unter Ablehnung eines
deutschnationalen Antrags auf Ausführlüberweisung angenom-
men. Zur zweiten Beratung des Gesetzes brachten die Kommu-
nisten einen Antrag ein, der die Einleitung eines Verfahrens
wegen Hochverrats gegen die rheinischen Großindustriellen ver-
langt. Abg. Hoch (Soz.) verlangte Sicherheiten dafür, daß die
Erwerbslosen eine Unterstützung erhalten, von der sie leben
könnten, worauf Arbeitsminister Dr. Braun versprach, grund-
legende Änderungen in der Erwerbslosenfürsorge vorzunehmen.
Schließlich wurde der § 1 des Gesetzes unter Ablehnung einiger
Anträge mit dem Zusatz angenommen, daß die Leistungen aus
der Erwerbslosenfürsorge aus dem Gesetz herausgelassen werden.
Der Rest des Gesetzes fand gleichfalls Annahme. Die dritte Les-
ung des Gesetzes wurde auf Einspruch der Kommunisten und
Deutschnationalen auf Donnerstag festgesetzt. Nächste Sitzung:
Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Berlin, 10. Okt. Die heutige Reichstagsitzung war von ver-
hältnismäßig kurzer Dauer und hatte sich mit kleinen Vorlagen
zu beschäftigen. Zunächst stand der vierte Nachtragset für 1923
zur Beratung, der wieder astronomische Zahlen aufweist. 578 460
Billionen sollen durch Anleihen und Reichsschatkanweisungen
flüssig gemacht werden, davon 30 000 Billionen zum Erwerb des
notwendigen Brotgetreides. Die übrigen geforderten Mittel sind
bestimmt für die Begleichung der Ruhschäden, für die Beamten-
gehälter und für die Auffüllung der Betriebsmittel der Reichs-
betriebe. Eine Ausführentschlebung ersucht die Länder, die
Zahlungen für kulturelle und soziale Zwecke und an Religions-
gesellschaften beschleunigt zu tätigen. Ferner fordert der Aus-
schuß eine Denkschrift über die durch die Ruhrbesetzung entstan-
denen Beschlagnahmenschäden und die Reparationsleistungen
während dieser Zeit. Die Debatte bestritten lediglich die Kommu-
nisten, die gleich 2 Redner vorstiegen. Der Nachtragset
wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der
Gesetzentwurf zur Förderung der Forst- und Landwirtschaft
geht an den Rechtsausschuß. Debattelose Annahme fand hierauf
ein von dem Zentrum abg. Esser begründeter Antrag, wonach
Zahlungen für öffentliche Arbeiten und aus Lieferungsverträgen
unter Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen in wertbestän-
digen Zahlungsmitteln (Goldanleihe usw.) geleistet werden
sollen. Nachdem noch der Gesetzentwurf über die Anpassung der
Vermögensstrafen und -Bußen an die Geldentwertung in zweiter
Lesung Annahme gefunden hatte, vertagte sich das Haus auf

gier nach Dohnd getrieben; es war ihr gesagt worden, daß
Steffani Ebbos Braut kennen gelernt habe, und sie wollte
die Schwester über sie aushorchen. Von Nenni hörte Stef-
fani, daß Tante Hermine es so hingestellt, als habe sie —
Steffani — Ebbos Verlobung zustande gebracht. Nenni
meinte dann, Ebbo hätte der Familie das nicht antun dür-
fen und auch dem Mädchen nicht. Zuerst hätte er sich ver-
gewissern müssen, ob der Vater seine Einwilligung geben
würde.

„Er wußte, daß der Vater nicht einverstanden sein
würde,“ sagte Steffani.

„Dann hätte er sich nicht verloben dürfen!“

„Vielleicht wäre das vernünftig gewesen, aber was
fragt die Liebe nach Vernunft. Und in diesem Falle stehen
der Verlobung und Verheiratung eigentlich keine anderen
Gründe entgegen als engherzige Vorurteile.“

„Na, uns allen kann es doch nicht angenehm sein, mit
der illegitimen Tochter einer russischen Komödiantin ver-
schwägert zu werden,“ sagte Nenni und hob hochmütig ihr
Stumpfnäschen.

Nun gab Steffani ihr Ebbos Brief zu lesen. Die
Schwestern liebten alle den Bruder sehr, der ihnen immer
ein guter Kamerad gewesen, während Franz, dessen Art
nicht sehr liebenswürdig war, früher seine Ueberlegenheit
als ältester Bruder zu behaupten liebte. Kaum hatte Nenni
zu Ende gelesen, rief sie erschreckt: „Steffi, der Junge wird
sich doch nichts antun?“

„Nicht, wenn wir Schwestern zu ihm hatten. Das Mäd-
chen liebt ihn doch zu sehr, um ihn so leicht aufzugeben; sie
wird ihn schließlich auch gegen Vaters Willen heiraten,
wenn wenigstens wir Schwestern ihr freundlich entgegen-
kommen wollen.“

„Gegen Vaters Willen? — Nie!“ rief Nenni. „Das

Donnerstag vormittag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung dieser
Sitzung steht die dritte Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

Vermischtes.

Verhaftung eines Devisenschiebers.

Berlin, 10. Okt. Den Blättern zufolge wurde gestern von
dem deutschen Zollgrenzkommissariat in Bodenbach der Leiter
eines großen Versicherungsunternehmens in Berlin, in dessen
Besitz fremde Baluten im Werte von rund 16, nach einem Blatt
sogar von 50 Billionen Papiermark gefunden wurden, in Haft
genommen.

Fälschung von Milliarden Scheinen.

Berlin, 9. Okt. Laut „B. Z.“ wurde eine Frau in einem
Geschäft angehalten, die einen Milliardenchein mit verkehrtem
roten Ausdruck in Zahlung gab. Es wurde festgestellt, daß ihr
Sohn, der Buchdrucker Koppe, einer für die Reichsbank arbeiten-
den Druckerei, bei der er beschäftigt war, einen Bogen der nicht
ausgegebenen 1000 Mark-Scheine entwendet hatte, dem er nun
versehentlich die verkehrte rote Aufschrift aufgedruckt hatte. Koppe
wurde von der benachrichtigten Polizei überrascht, als er mehrere
Milliardenscheine in den Ofen stecken wollte.

Giftmordprozeß.

Köln, 9. Okt. In dreitägiger Sitzung wurde vor dem
hierigen Schwurgericht gegen die Frau Franziska Wagemann
und deren Liebhaber Joseph Schneider verhandelt. Beide hat-
ten gemeinsam dem kranken Ehemann Wagemann mit Arsenik
vergiftete Speisen verabreicht. Der Ehemann starb am 16. April
ds. Js. Die Leichenöffnung ergab Arsenikvergiftung. Die Frau
wurde des Mordes, ihr Liebhaber der vorsätzlichen Tötung für
schuldig erklärt. Sie wurde zum Tode, der Liebhaber zu zwölf
Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das Schicksal Mexikos.

Der Nationalfeiertag des mexikanischen Volkes gibt
der „Gartenlaube“ Gelegenheit, in einem reich bebilderten
Aufsatz von B. Halby die Entwicklungsgeschichte dieses auf-
strebenden Staates aufzuzeichnen. Die Schilderung der Zu-
stände beim Betreten des Landes durch Fernando Cortez,
der diese Gebiete für das spanische Reich eroberte, erfüllt
mit Grauen. Die Europäer fanden wohl eine Kultur, deren
Höhe überraschen mußte, gewisse Zweige des Lebens zeigten
eine Entwicklung, wie sie stellenweise im Abendland nicht
zu finden war. Man besaß eine Hieroglyphenschrift, die
Wissenschaft stand auf einer gewissen Höhe, die Klein-
kunst, Goldschmiede und Steinmetze lieferten Werke, in
der Mechanik bewundernswert, in der Gesamtentwicklung
großartig. Aber — das Aztekenreich war ein Feudalstaat
schlimmster Art. Im großen und ganzen gab es nur zwei
Stände: den Adel und die Cuittapilli, die „Dreckerle“. Dem
Adel entstammten Offiziere, Beamte, Priester. Der
König war Selbstherrscher und genoß göttliche Ehren, je-
doch übten in der Praxis die Priester uneingeschränkte
Herrschaft über Leben und Tod aus. Sie opferten in den
vierzigtausend Tempeln, die im Gebiete des Königs Montez-
uma waren, jährlich zwanzigtausend Menschen, die unter
Folterungen und Qualen von diesen entarteten Priestern
geschlachtet wurden. Es gibt wohl manche Züge der azteki-
schen Kultur, die uns freundlicher stimmen können, die
Herrschaft eines solchen jadisitischen Priestertums mußte
aber notwendig den Untergang des Volkes bringen. Ueber
das Schicksal des Landes nach der Eroberung durch Cortez
berichtet Halby:

Mit dem Besitz der Hauptstadt von Mexiko waren die
Spanier Herren des Landes. Was früher dem Montezuma
nicht unterworfen war, kümmerte sich auch jetzt nicht um
die neuen Herren. Es wurden noch mehrere kleinere Reiche
unterworfen, aber sie brachten mehr nachdrückliche Schla-
pen als Ehre ein. Dahingegen begann Cortez mit Eifer
die zerstörte Hauptstadt wieder aufzubauen und zu koloni-
sieren; sie sollte, wie er an Karl V. schrieb, schöner werden

können wir nicht, Steffi, das würde er uns bis an sein
Lebensende nicht verzeihen! Und ich könnte es schon gar
nicht, die ich mein Leben lang in Vaters nächster Nachbar-
schaft wohnen werde. Wie könnte ich mich da mit ihm ver-
seiden? Und du, Steffi, tue das auch nicht, denn Vater
würde dir das sehr übelnehmen.“

Nenni riet der Schwester ab, nochmals mit dem Vater
zu reden; er sei in schlechtester Laune, weil die Gicht ihn
plage, und es würde völlig zwecklos sein.

Steffani sah ein, daß Nenni darin wohl recht habe,
aber sie schwankte doch, ob sie nicht einen letzten Versuch
machen sollte, als am Abend ein Bote von Wagnitz kam, der
ihren einen Brief des Vaters überbrachte:

„Liebe Steffani! Ich muß mit Dir sprechen und bitte
Dich, morgen nachmittag nach Wagnitz zu kommen. Dein
treuer Vater.“

Da erwachte in Steffani Hoffnung, der Vater könnte sich
bedacht haben. Es war häufig so, wenn er besonders böse
gewesen, reute es ihn wieder; vielleicht war er jetzt bereit,
unter gewissen Bedingungen einzuwilligen.

Voll freudigen Mutes, doch nicht ohne bange Empfin-
dungen, fuhr sie am folgenden Tage nach Wagnitz. Ueber
jede Spur von Hoffnung schwand, als sie das Veranda-
zimmer betrat, in dem sie den Teetisch gedeckt und Tante
Hermine sitzen sah. Das konnte nichts Gutes bedeuten.

Der Vater begrüßte sie kühl, die Mutter mit merklicher
Erregtheit, Tante Hermine nickte ihr frostig zu und sagte,
indes ihre schwarzen Augen funkelnd an ihr auf und nie-
der ließen: „Na, einen netten Kuppelpelz hast du dir ver-
dient, Steffi, das muß ich sagen. Reizend. Wirklich reizend!“

Der Vater sah krank aus und befand sich bei schlechtester
Laune. Steffani nahm sich vor, äußerst vorsichtig zu sein

als eine spanische Stadt. Er errichtete seinen Palast an
der Stelle, auf der der des Montezuma gestanden hatte, da,
wo heute der Palacio national steht. Das d'herchez la femme
brachte die junge Kolonie in Ungelegenheiten. Cortez
kannte seine Pappenheimer und befahl, daß jeder Unver-
heiratete sich binnen anderthalb Jahren in aller Form
verheiraten, jeder Verheiratete seine Frau her-
überkommen lassen müsse, ein Gebot, das nicht jedem dieser
rauhem Kriegsknechte willkommen gewesen sein mag. Man
hatte das freie Leben schätzen gelernt. Selbstverständlich
erschieden auch sofort die Sendboten der Kirche auf dem
Plan, die Gründung von Kirchen, Klöstern und Missions-
stätten wurde mit Hochdruck betrieben. Doch pflegte man
im Anfang kaum noch Gewalt auszuüben, vielmehr kamen
sehr tüchtige Leute ins Land, die sich die gründliche Erfor-
schung und die wirkliche Hebung der Eingeborenenbevölke-
rung angelegen sein ließen. Das zerstörende Element ver-
trat freilich der erste Erzbischof, Zumarraga, der alle
Schätze der Eingeborenenkultur, Handschriften, Tempel und
Bildwerke, vernichten ließ, wo er nur konnte.

Neuspanien blühte auf. Seine Erzminen warfen unge-
heure Gewinne ab. Englische und französische Seeräuber
suchten zu schaden, wo sie nur konnten. Die Abenteurer
der ganzen Welt zogen sich nach dem Wunderland und
schleppten Blattern, Lues und andere Kulturkrank-
heiten ein. Die Eingeborenen gingen zu Hunderttausend
zugrunde, ganze Stämme starben aus. Die Ecclesia
militans wurde nachdrücklicher und begann mit Bluthun-
den und Scheiterhaufen zu arbeiten. Schließlich sah man
ein, daß man, wenn man alle Indianer in den Himmel
schickte, keine mehr für die Hölle auf Erden behielt. Der
„Menschenfreund“ Las Casas empfahl daher die Einfüh-
rung des kräftigen afrikanischen Negers. So wurde zum
höheren Ruhme Gottes und seiner kaiserlichen Majestät der
Sklavenhandel ins Leben gerufen und der Neger in Ame-
rika heimisch. Aus den ehemaligen Sklaven sind jetzt freie
Herren geworden, die zäh und mit immer größerem Er-
folge um ihre Gleichberechtigung neben den Weißen
kämpfen. (Fortf. folgt.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Oktober 1923.

Kleine Anfrage.

(SGB) Stuttgart, 9. Okt. Der Abg. Winter (Soz.) hat
im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht: Die Er-
hebung der Landabgabe in der bisherigen Weise ist für
die kleinen Landwirte nur schwer tragbar und vielfach mit
besonderer Härte verbunden. Ist das Staatsministerium
bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die
Bestimmungen über Erhebung der Landabgabe im Sinne
einer Entlastung der kleinen Landwirte und Arbeiter ab-
geändert werden? Der Dringlichkeit wegen bitte ich um
schriftliche Beantwortung.

Erneute Erhöhung der Telegraphen- und Fernspreckgebühren.

Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird vom
12. Oktober an die Telegraphen- und Fernspreckgebühren er-
neut erhöhen. Gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr wer-
den 16 Millionen Grund- und 8 Millionen Wortgebühr kosten,
Druckgespräche 10 Millionen; andere Gebührensätze erhöhen sich
entsprechend.

Wiederverwendung gebrauchter Briefumschläge.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Wiederverwen-
dung gebrauchter Briefumschläge mit durchgestrichener Auf-
schrift zu erheblichen Unzuträglichkeiten im Dienstbetrieb geführt
hat. Infolge der vielfach recht mangelhaften Durchstreichung der
alten Aufschrift sind häufig Fehlleitungen und unrichtige Zustel-
lungen vorgekommen und als Folge davon unliebsame Wei-
terungen entstanden. Mit Rücksicht darauf können gewöhnliche
Briefsendungen, auf deren Umschlägen die erste Aufschrift usw.

und Ebbos Namen möglichst nicht zu erwähnen. Es schien
ihm, als läge außer der unwillkommenen Verlobung des
Bruders noch etwas in der Luft. Lotti, die unten am Tisch
saß, machte ihr heimlich warnende Zeichen.

Solange der Bediente sich im Zimmer aufhielt, sprach
der Vater grollend über das schlechte Wetter, das die Ernte
beeinträchtigte. Tante Hermine stimmte ihm zu: „Schau-
derhaft! Sicherlich gibt es heute wieder ein Gewitter!“

„Ich glaube das kaum,“ wandte Steffani ein, bemüht,
des Vaters Laune zu verbessern. „Während der Fahrt sah
ich, daß im Westen der Horizont klar wird. Wirst du heute
noch Getreide einjahnen lassen?“

„Nein, ist ja gestern alles wieder klitschnaß geworden,“
knurrte er.

Jetzt verließ der alte Karl das Zimmer; sogleich verän-
derte sich Wagnitz' ärgerliche Miene; sehr ernst, beinahe
feierlich begann er: „Ich wollte wegen Ebbos vertrackter
Verlobung mit dir sprechen, Steffani. Der Junge war ja
zu allem noch so unverfroren, mir in einem Ton zu schrei-
ben, als wäre es meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit,
zu seiner verrückten Handlungsweise ja und amen zu sagen.
Hast du ihm etwa geraten, mich noch persönlich zu be-
helligen?“

„Nein; er antwortete dir wohl nur auf deinen Brief,
das war doch seine Schuldigkeit.“

„Schuldigkeit?“ fuhr Wagnitz auf. „Seine Schuldigkeit
war es, nach dem, was ich ihm schrieb, schleunigst Schluß
zu machen und mich für den Arger, den er mir verursachte,
um Verzeihung zu bitten.“

„Er ist so unglücklich,“ sagte leise Steffani, „er liebt
das Mädchen so sehr; er wollte wohl noch einen Versuch
machen ...“

(Fortsetzung folgt.)

durchgeschickten und durch eine zweite Aufschrift — sei es auf der Vorder- oder Rückseite — ersetzt ist, künftig zur Postbeförderung nicht mehr zugelassen werden. Derartige Sendungen sind den Absendern unter entsprechender Verständigung zurückzugeben. Es bleibt dagegen weiterhin gestattet, gebrauchte Briefumschläge zwecks Wiederverwendung zu wenden oder so zu überkleben, daß die alte Aufschrift und die früher verwendeten Marken, Stempel, Zettel usw. vollständig verdeckt sind.

Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine Zusammenfassung der Bestimmungen über die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Hiernach ist die Beschäftigung ausländischer landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter abhängig von der Genehmigung des Landesamts für Arbeitsvermittlung, die nur nach strengster Prüfung der Bedürfnisfrage, wenn nachweislich die betreffenden Arbeitsstellen mit einheimischen Arbeitern nicht besetzt werden können, erteilt wird. Zur Sicherung gegen den Vertragsbruch ausländischer Arbeiter ist ein bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses vom Arbeitgeber oder zuständigen Arbeitsnachweis auszustellender Abkehrschein eingeführt, ohne dessen Vorzeigung ein ausländischer Arbeitnehmer in eine andere Arbeitsstelle nicht eingestellt werden darf.

Aus der Textilindustrie.

Die Lage in der gesateten deutschen Textilindustrie ist seit Ende Juli durch die Währungsverhältnisse außerordentlich verschärft worden und es ist zu einer fast vollkommenen Lähmung jeglicher Geschäftstätigkeit gekommen, zumal auch der Export fast ganz ausgeschaltet worden ist, da der Preisstand in den meisten Artikeln über Weltmarktparität steht, so daß ausländische Textilien bedeutend billiger sind als deutsche Erzeugnisse. Viele Fabrikanten haben ihre Ausfuhrpreise herabsetzen müssen, um Geschäfte zu machen. Die Industrie arbeitet daher nahezu mit Leerlauf, wie dies seit vielen Jahren nicht der Fall gewesen ist. Die Arbeitslosigkeit ist größer denn je. Mangel an Betriebsmitteln zwingen zur Einschränkung von Rohstoffeinkäufen. Die Lagerbestände nehmen zu, da kein Absatz vorhanden ist. Die großen Herbstmessen hatten sämtlich unter dieser unerfreulichen Lage zu leiden, die Umsätze blieben in den bescheidensten Grenzen. Kennenswerte ausländische Aufträge wurden nicht erteilt.

Wetter für Freitag und Samstag.

Im Südwesten steht Hochdruck, der allmählich Fortschritte gegen den Luftwirbel im Norden macht. Am Freitag und Samstag ist zeitweise aufheiterndes und milderes, aber immer noch regendrohendes Wetter zu erwarten.

*

Würzburg, 11. Okt. Bei uns erhält heuer jeder Bürger und jede Bürgerswitwe von der Gemeinde anstatt der Holzabgabe in bar eine Milliarde Mark, was bei etwa 110 Berechtigten 110 Milliarden Mark macht. Gemeindesteuern werden nicht erhoben.

(SCB) Reutlingen, 10. Okt. Bei einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Weingärtnergenossenschaft wurde einstimmig beschlossen, den Beginn der Weinlese auf nächsten Montag, 15. Oktober, festzusetzen. Die Weinberge stehen bis heute im üppigsten Grün und sind frei von jeder Krankheit. Die Trauben sind dank der bis in den letzten Tagen anhaltenden sommerlichen Witterung so gut ausgereift, daß ein vorzüglicher „Neuer“ zu erwarten ist.

Im Gesellschaftsfirmenregister wurde heute die Firma Elber & Staats in Unterreichenbach gelöscht, dagegen im Einzelfirmenregister die Firma Oskar Staats in Unterreichenbach, Inhaber: Oskar Staats, Kaufmann daselbst, neu eingetragen.
Den 9. Oktober 1923. Amtsgericht Calw.

W. Forstamt Hoffstett.
Die ursprünglich auf 20. und 21. September ausgeschriebenen Verkäufe finden nunmehr statt:
1. Auholzverkauf am Dienstag, den 23. Oktober, vorm. 9^{1/2} bzw. 10 Uhr.
2. Nadelstammholzverkauf am Mittwoch, den 24. Oktober, vorm. 10 Uhr, je im Lamm in Neumetter.

Komme nächster Tage nach Calw und kaufe Gegenstände aus **Gold u. Silber, alte Schmuckstücken, Münzen, alte Gebisse** — hohen Preisen.
Abrechnung an die Geschäftsstelle des **H. Wolz, Edelmetalle Pforzheim erb.**

Verkaufe
ein. deutsch. Schäferhund u. ein. weiß. Spitzerrüde.
H. Sautter, Kohlerstal.

Kaufe
Felle aller Art
Jakob Eberhardt, Badstraße 342.

Stolzenberg-Fortuna
die deutsche **Schnell-Schreibmaschine**
Vertr. G. Köbele, Nagold, Fernsprecher 126.



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, aller Zudehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt **Musikhaus Curtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17** Arkadenkledarisch-Rohbrücke Großhandlung Einzelverkauf Ausführung all. Reparaturen und Stimmen. Ankauf alter Geigen u. Celli.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett, dir. an Private. Katal. 46 S frei. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

ten ist. Der Menge nach ist durchschnittlich bei uns ein halber Herbst in Aussicht zu nehmen, der Ausfall ist auf die äußerst ungünstige Witterung im Juni zurückzuführen, wodurch die Blüte nachteilig beeinflusst wurde.

(SCB.) Oberndorf, 10. Okt. Auf dem zwischen Böfingen und Bessendorf gelegenen „Rasperleshof“ ist das Anwesen des Friedrich Glatthaar ein Raub der Flammen geworden. Wie der „Schwarzw. Bote“ hört, ist das Defonomiegebäude mit sämtlichen Borräten ganz niedergebrannt. Das Wohngebäude, sowie das Vieh konnte zum Teil gerettet werden. Das Unglück ist umso tragischer, als gerade vor Jahresfrist, in der Nacht vom 5. auf 6. Oktober 1922, das väterliche Anwesen des Valentin Glatthaar völlig niederbrannte. Es wird, wie vor einem Jahr, Brandstiftung vermutet.

(SCB.) Bessendorf, 10. Okt. Bei der Schultscheißenwahl haben von 330 Wahlberechtigten 274, das sind über 80 Prozent, abgestimmt. Der bisherige Schultscheiß Lamprecht wurde mit 196 Stimmen wiedergewählt. Auf Landwirt und Fabrikarbeiter Sebastian Haaga fielen 75 Stimmen. Ungültig waren 3 Stimmen.

(SCB.) Rottweil, 10. Okt. Die Straflammer hat den Dachdecker Karl Fischer wegen schweren Diebstahls zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, den Stellwerksmeister Eugen Fischer wegen Hehlerei zu 6 Monaten, den Wirt Haggenmacher von Dürheim wegen Hehlerei zu 4 Monaten und die Instrumentenmacher Johann und Karl Mesle wegen Hehlerei zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um die Einbrüche auf Schloß Lichtenegg, Schloß Mühlheim, Schloß Weerenweg, in der Pulverfabrik Rottweil, Kurhaus Dürheim, Luisenheim in St. Blasien u. a.

(SCB.) Diefenbach, 10. Okt. Der weit bekannte Landwirt und Fuhrmann W. Appich und sein Sohn holten im Hohenhaskacher Gemeinewald eine leichtere Fuhrreigen. Beim Herabschleifen über die Steige rutschte das wertvolle Sattelpferd und stürzte nach außen, überschlug sich beim Aufspringen und stürzte in eine steile, 10 Meter tiefe Klinge, wobei es einige Rippen und das Kreuz brach. 15 Einwohner von Häfnerhaslach trugen das Pferd etwa 150 Meter weit auf den Weg, bis es im Wagen nach Diefenbach gebracht wurde, wo die Notschlachting erfolgte.

(SCB.) Steinheim a. Albuch, 10. Okt. Bei der Verpachtung der Sommerfahweide im Weiler Guannenweiler, mit 200 Stück befahrbar, wurde die außerordentlich hohe Summe von 11 730 Goldmark erzielt.

(SCB.) Reisingen, 10. Okt. Ein 21 Jahre altes Mädchen von Felsbitten brachte den rechten Arm in die Trommel der im Gang befindlichen Drehmaschine. Der Arm wurde herausgerissen. Die Verunglückte wurde ins hiesige Krankenhaus verbracht.

(SCB.) Friedrichshafen, 10. Okt. Bekanntlich soll das auf der Zeppelinwerft im Bau befindliche, für die amerikanische Marine bestimmte Reparationsluftschiff Z. R. 3 fünf neuartige Napchmotoren von je 400 PS. erhalten, die auch rückwärts laufen. Der Bau dieser zwölfgliedrigen Motoren hat sich verzögert; sie werden zum Spätherbst nicht mehr fertig für den Betrieb. Der Luftschiffbau Zeppelin hat deshalb beschlossen, das neue Luftschiff erst im nächsten Frühjahr nach Amerika zu bringen, eine große Anzahl seiner Arbeiter zu entlassen und nur mit dem Stamm der Arbeiterschaft während des Winters den Bau zu vollenden.

Anzeigen-Schlüsselzahl 100 000

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

1 Dollar	2 987 437 500 M.
1 Goldmark	710 104 170 M.
1 holländ. Gulden	1 167 912 500 M.
1 schweiz. Franken	531 325 000 M.
1 franz. Franken	182 454 000 M.

Das Goldzollaufgeld.

Berlin, 10. Okt. Für die Zeit vom 13. bis 16. Oktober einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 24 299 999 900 v. S. (eine Goldzollmark = 243 Millionen Papiermark).

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SCB.) Stuttgart, 10. Okt. Der Dollarkurs kommt heute aus Berlin 2 982 Millionen, also kurz gesagt, 3 Milliarden. Das gab eine Katastrophenhaut an der Börse, wie man sie noch nicht gesehen hat. Material war so gut wie gar nicht da. In den meisten Fällen mußte man sich damit begnügen, die Kurse, der wilden Nachfrage entsprechend, hinaufzusetzen. Verdoppelungen und Verdreifachungen waren an der Tagesordnung. Auf dem Bankmarkt zogen an Hypotheken 110 (270), Notenbank 2800 (4000), Vereinsbank 175 (400). Von Brauereiaktien waren höher Ravensburg 180 (300), Eßlingen 340 (700), Kettenmeyer 250 (700), Rottweiler Pfauen 220 (300), Hohenzollern 550 (1000), Wulle 449 (700). Unter den Textilaktien stiegen Erlangen 1800 (2000), Unterhausen 2200 (4500), Bietigheim 4500 (7000), KofF und Schüle 3100 (4000), Pflerle 2000 (3000), Kottner 1800 (3000), Kuchen 2550 (3500), Filz 4200 (6000), Weiberstadt 2200 (3000), Kattun 5000 (7000), Blaubeuren 6000 (8000). Auch die Metall- und Maschinenwerte waren durchweg höher: Daimler 750 (1000), Tuttlinger 9000 (12000), Hansa 740 (900), Söhner 7900 (10 000), Junghans 2700 (3800), Koch 3800 (5000), Köln-Rottweil 3000 (5000), Laupheim 6000 (8000), Magirus 450 (700), Eßlingen 2000 (2500), Weingarten 2000 (3000), Redarfulm 1250 (1700), Württ. Elektrizität 1250 (2000), Geislinger Metall 7000 (10 000). Auch die sonstigen Werte gingen sprunghaft in die Höhe: Anilin 4000 (8000), Bamberger Malz 300 (8000), Bremen-Besigheim 3400 (5000), Heidelberger Zement 2500 (5500), der Tag 380 (500), Verlagsanstalt 1500 (2000), Kaiser Otto 1400 (2000), Knopf 1500 (2000), Knorr 2500 (3000), Leibbrand 220 (450), Krumm 650 (900), Alt-Württemberg 1250 (2000), Metall und LaF 800 (1200), Redarwerke 450 (750), Salz Heilbronn 19 000 (35 000), Wachenheim 1400 (2200), Schlepp-Heilbronn 200 (400), Bäckermühle 3500 (4000), Gips 9000 (18 000), Straßenbahn 70 (150), Vereinsbuchdruckerei 130 (200), Stuttgarter Zucker 2110 (3000), Südd. Holz 2500 (3500), Union 800 (1200), Deutsche Del 2600 (4000), Transport 50 (200), Ziegel Ludwigsburg 2500 (8000).

Märkte.

(SCB.) Tettwang, 9. Okt. Im Hopfengeschäft wäre Kauflust vorhanden, aber es ist nur wenig Hopfen käuflich, da die Produzenten die weitere Preisbildung abwarten wollen. Angelegt wurden bis zu 16 Milliarden.

Für die Schließung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag von A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Wir drucken

PLAKATE
FORMULARE
ZEITSCHRIFTEN
KATALOGE, PROSPEKTE
WERTPAPIERE
ZIRKULARE
WERKE

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei
Fernsprecher 9. Calw Lederstrasse 151.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 13. Oktober 1923 stattfindenden

kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen.

**Gottlieb Pfrommer, Baihingen a. F.,
Marie Schnauser, Speßhardt.**

Kirchgang 12 Uhr in Javelstein.

Fahren Sie nach Amerika

so kostet die Schiffskarte nach New-York III. Klasse 102,50 Dollar; II. Klasse von 125.— Dollar aufwärts. Nach Buenos-Aires (Argentinien) III. Klasse Kammer 14 engl. Pfund, im Wohndeck 12 Pfund; ein Kind unter 1 Jahr nichts; von 1—5 Jahren ein Viertel und von 5—10 Jahren die Hälfte des Fahrpreises. Falls Ihre Verwandten die Preise bezahlen, (prepaid) und für Nordamerika Bürgschaft stellen müssen, (affidavits), so bedienen Sie sich der kostenlosen Auskunft durch die Vertretung der

Hamburg - Amerika - Linie

in Calw: Paul Olpp, Marktpl. 15. Fernspr. 99
Geschäftsstunden: 9—12 und 2—5 Uhr.
(Sonst Panoramastraße.)

Der Reichs... das der... wirtschaft... geben so... drittel... mung a... der Roa... ten Flüg... zeitigen... ist, daß... nicht zu... langler... Aufstär...

Bon amtl... incars... Aufnahm... kann ge... mit der... deutliche... verhand... stand in... nach An... Fall sei... türlich a... jer Halt... hand l... K u h r... De u t... Stellung... hörten...

Di... Bespr...

Berlin, mit dem S... sekretär in... begeben un... langler Sei... ausschließlich... landten in... die eine Er... Seipel in... auch der d... Zweck, mit... stammverwe... politische G... fahrungen... Regelung... Desterreich...

Das... Berlin, Beratung... bour (U. S... der Reichs... (gegen die... wurde weg... der Debatte... Ter werde... Reichspräsi... tretungsstär... laßt hätten... und nahm... spielende B... schon wieder... dieser lächel... tief der Rei... und eröffne... gung zur M... mäßigungs... finde. Wäh... eine Praktie... Folgen ein... Deutschnatio... gungsgehe...